

TOP 1.) Ausschuss für Schul-, Kindergarten-, Kultur- und Sportangelegenheiten  
Bericht über die Sitzung vom 17.10.2013

Der Bericht von Obfrau GV Maria Ertl über die am 17.10.2013 stattgefundene Sitzung des obg. Ausschusses wird von den GR Mitgliedern zustimmend zur Kenntnis genommen.

TOP 2.) Ausschuss für Bau- und Straßenbauangelegenheiten, für Angelegenheiten der örtlichen Raumplanung, der Ortsgestaltung sowie örtlicher Umweltfragen.  
Bericht über die Sitzung vom 15.10.2013

Der Bericht von Obmann GR Alois Ziegler über die am 15.10.2013 stattgefundene Sitzung des obg. Ausschusses wird von den GR Mitgliedern zustimmend zur Kenntnis genommen.

TOP 3.) Bezirksweite Abfallentsorgung;  
einheitliches Leistungsangebot Abfallwirtschaft

Bereits am 13.06.2013 hat der BAV Schärding in einem Infonachmittag bzw. –abend über die Absicht informiert, im Bezirk Schärding das Projekt „einheitliches Leistungsangebot, einheitliche Gebühren“ zu starten. Nachdem zwischenzeitlich seitens des BAV Gespräche und Vorträge auf Gemeindeebene abgehalten wurden ( Bausschuss/Umweltausschuss-Sitzung am 15.10.2013) legt der Bürgermeister den Gemeinderäten das Vorhaben „einheitliches Leistungsangebot, einheitliche Gebühren“ zur Beratung und Fassung eines Grundsatzbeschlusses zur Diskussion vor. Ziel ist die Vereinheitlichung der abfallwirtschaftlichen Leistungen und Gebühren im gesamten Bezirk Schärding, wozu vor allem Änderungen in der Organisation des Restabfalls (gemeindeübergreifende Abfuhr), Vereinheitlichung von Freimengen im Grün- und Strauchschnitt, Erweiterung der Biosackerlsammlung durch Einberechnung in die Abfallgebühr notwendig sind. Die Müllabfuhrtarife sollen vom BAV verbindlich festgelegt und sodann von den einzelnen Gemeinden beschlossen werden. Falls genügend Gemeinden im Bezirk einen Grundsatzbeschluss über die Teilnahme an diesem Projekt fassen, sollen genauere Details zur Umsetzung der Reform erarbeitet werden. Die tatsächliche Umsetzung ist nach einem weiteren notwendigen Gemeinderatsbeschluss sodann für Jänner 2015 vorgesehen. GR Alois Ziegler verweist auf die erfolgte Information anlässlich der Ausschuss-Sitzung am 15.10.2013 und stellt den Antrag, dem Reformprojekt „einheitliches Leistungsangebot, einheitliche Gebühren“ mittels Grundsatzbeschluss beizutreten. GR Lambert Freilinger spricht sich in einer Wortmeldung gegen die Umstellung der Abfuhrtermine des Restabfalls auf 3-wöchige-Abfuhr aus. Der Bürgermeister erwidert, dass Detailfragen bei diesem Grundsatzbeschluss noch nicht festgelegt werden, diese werden nochmals nach Vorlage des Reformkonzeptes durch den BAV im Gemeinderat behandelt. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt der Bürgermeister über den Antrag von GR Alois Ziegler mit Handzeichen abstimmen und stellt die einstimmige Annahme fest.

TOP 4.) Energiemodellregion Pramtal,  
Projekt PV Bürgerbeteiligung

Die Leaderregion Pramtal befasst sich im Rahmen des Projektes Klima- und Energiemodellregion Pramtal mit der Planung eines gemeinschaftlichen, regionalen Photovoltaik-Bürgerbeteiligungsmodelles.

Am 29.08.2013 wurde vom dazu vom Energieberater im Regionalverband Pramtal eine Informationsveranstaltung zum Thema Photovoltaik-Bürgerbeteiligung abgehalten.

Dem Gemeinderat liegt eine Übersicht über das erhobene Potential in den Gemeinden vor. Mit e-mail vom 05.09.2013 hat die Gemeinde Zell/Pram nochmals zusammenfassende Informationen und Vorschläge zum Thema PV-Bürgerbeteiligung erhalten.

Diese Unterlagen wurden dem Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 08.10.2013 zur Beratung vorgelegt. Der GV hat den Beschluss gefasst, dem Gemeinderat den Beitritt der Gemeinde Zell an der Pram zu der geplanten Neugründung einer Genossenschaft für dieses Projekt zu empfehlen.

Das Beteiligungsmodell sieht folgendermaßen aus:

Der Regionalverband Pramtal hat im Rahmen des Projektes Klima- und Energiemodellregion die Etablierung eines Photovoltaik-Bürgerbeteiligungsmodelles eingehend geprüft.

Dieses Modell wird durch eine Genossenschaft getragen, mit den Gemeinden der Region Pramtal als Genossenschaftsmitglieder. Für die Gründung der Genossenschaft ist mit einmaligen Gründungskosten und Kosten des laufenden Betriebes in Höhe von geschätzt ca. €13.000,-- bis 15.000,-- zu rechnen.

Die Genossenschaftsanteile werden gestaffelt, nach der Anzahl der Einwohner der jeweiligen Gemeinde, eingehoben.

Die Gemeinde Zell an der Pram wird einen einmaligen Anteil in Höhe von €800,-- leisten und damit als Genossenschaftsmitglied mit entsprechendem Stimmanteil in der Generalsversammlung in die Genossenschaft eintreten. Für den Fall, dass sich nicht ausreichend Gemeinden am Bürgerbeteiligungsmodell beteiligen, wird keine Genossenschaft gegründet.

Die Satzung sowie Geschäftsordnung und Besetzung der Gremien werden bei einer Gründungsveranstaltung voraussichtlich Mitte/Ende November beschlossen.

GV Norbert Macherhammer stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den Beitritt zu der geplanten Genossenschaftsgründung für das vorgestellte Projekt PV-Bürgerbeteiligung beschließen.

Der Vorsitzende gibt auf Anfrage von GR Johann Brandmayer bekannt, dass mit diesem Beschluss kein Grundsatzbeschluss gefasst wird, sondern konkret der Beitritt zu der geplanten Genossenschaft.

GV Karl Haferl stellt die Frage, welches Gremium über die Standorte der Anlagen in den Gemeinden entscheidet. Der Bürgermeister teilt mit, dass ein breites Splitting der Projekte in den Gemeinden vorgesehen ist.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen lässt der Bürgermeister über den Antrag von GV Norbert Macherhammer mit Handzeichen abstimmen und stellt die einstimmige Annahme fest.

#### TOP 5.) Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 3 und des ÖEK Nr. 1 – 25. Änderung Haslinger Maria, Genehmigung

Der Gemeinderat hat mit Beschluss vom 04.07.2013 der Einleitung des Verfahrens zur 25. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 3 und zur 9. Änderung des ÖEK Nr. 1 gemäß dem vorliegenden Plan des Architekten DI Dr. H. Englmaier zugestimmt. Mit Verständigung vom 22.08.2013 wurde den von der geplanten Umwidmung Betroffenen und allen sonstigen gem. OÖ. ROG zu verständigenden Stellen die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme eingeräumt. Sämtliche beim Gemeindeamt Zell/Pram eingelangte Stellungnahmen werden vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht. Nachdem gegen die geplanten Änderungen keine Einwände erhoben wurden, empfiehlt der Bürgermeister, den Flächenwidmungsplan und das ÖEK im Sinne des eingebrachten Antrages zu ändern. GR Elisabeth Hellwagner unterstützt die Meinung des Bürgermeisters und bestätigt, dass die geplanten Änderungen nicht den Planungszielen der Gemeinde widersprechen und Interessen Dritter nicht verletzt werden. Nachdem daher keine Versagungsgründe im Sinne des Raumordnungsgesetzes vorliegen, beantragt sie die beschlussmäßige Genehmigung. Der Bürgermeister lässt sodann über den Antrag von GR Elisabeth Hellwagner mit Handzeichen abstimmen und stellt die einstimmige Annahme fest.

#### TOP 6.) Änderung der Kanalgebührenordnung (Pauschalierung)

Dem Gemeinderat liegt der Entwurf einer Novelle der Kanalgebührenordnung der Gemeinde Zell an der Pram vor, welche die Vorschreibung von Kanalbenutzungsgebühren für Grundstücke, welche nicht oder nur zum Teil an die gemeindeeigene Wasserversorgung angeschlossen sind, regelt. Der Verordnungsentwurf wird vollinhaltlich vorgetragen und ist dieser Verhandlungsschrift als Beilage 1.) angeschlossen. GV Maria Ertl stellt den Antrag, den vorgetragenen Entwurf der Novelle zur Kanalgebührenordnung zu genehmigen. Die vom Bürgermeister mittels Handzeichen durchgeführte Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme.

#### TOP 7.) Baulandförderung der Gemeinde, Verlängerung

Die Baulandförderung der Gemeinde Zell/Pram wurde zuletzt vom Gemeinderat am 30.10.2012 mit der Befristung auf 1 Jahr beschlossen. Der Bürgermeister bringt die derzeitige Fassung der Förderungsrichtlinien in Erinnerung, und zwar:

- limitierte Größe für Neuparzellen 1.000 m<sup>2</sup> in den Ortsteilen Hofmark, Am Wassen, Hochfeld und Spitzfeld
- Förderungshöhe €2.000,-- die Auszahlung erfolgt zur Hälfte bei Vorlage des Kaufvertrages, der Rest wird mit den fälligen Anschlussgebühren gegenverrechnet.
- Verpflichtung zur Einreichung eines Bauprojektes innerhalb von 3 Jahren

Der Bürgermeister empfiehlt die Weiterführung der Baulandförderung wie vorgetragen unter den bisherigen Vorgaben. GR Brigitte Briglauer schließt sich dem Vorschlag des Bürgermeisters an und beantragt, die derzeitigen Förderungsrichtlinien um 1 weiteres Jahr zur verlängern.

GV Karl Haferl schlägt vor, die Förderungsbedingungen nicht auf Ortschaften zu begrenzen, sondern auf die vorhandene Erschließung durch die Ortskanalisation. Der Bürgermeister sagt zu, diese Variante prüfen zu lassen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von GR Brigitte Briglauer mit Handzeichen abstimmen und stellt die einstimmige Annahme fest.

#### TOP 8.) Straßenbauprogramm 2013, Genehmigungsbeschluss für Finanzierungsplan

Für die Finanzierung des Straßenbauprogramms 2013 hat die Direktion Inneres u. Kommunales mit Erledigung vom 02.10.2013 den Entwurf eines Finanzierungsplanes übermittelt, welcher bei Ausgaben von 44.400,-- die Bedeckung durch einen Landeszuschuss und eine Bedarfszuweisung von je €20.000,-- , sowie von Interessentenbeiträgen in Höhe von €4.400,-- vorsieht.

Nach vollinhaltlicher Verlesung der Erledigung der Direktion Inneres u. Kommunales beantragt GR Herbert Dick, den Entwurf des Finanzierungsplanes in der vorgetragenen Fassung zum Beschluss zu erheben. Der Bürgermeister lässt über diesen Antrag mit Handzeichen abstimmen und stellt die einstimmige Annahme fest.

#### TOP 9.) Allfälliges

Der Bürgermeister weist auf das vorliegende Protokoll der letzten Sitzung vom 05.09.2013 hin. Nachdem dagegen keine Einwendungen vorgebracht wurden, gilt dieses als genehmigt und wird von den anwesenden Fraktionsobmännern gefertigt.

GV Karl Haferl erkundigt sich nach dem Stand des Projektes 110 kv-Leitung. Der Bürgermeister informiert über die mündlichen Verhandlungen beginnend am 05.11.2013 bis 26.11.2013 .

GV Kurt Kemetsmüller ersucht den Bürgermeister, anstehende Verschlechterungen für die Haltestelle Zell/Pram bei der geplanten ÖBB-Fahplanänderung zu verhindern. Der Bürgermeister teilt mit, dass Vertreter der ÖBB zugesichert haben, dass für Zell/Pram geplante Änderungen zurückgenommen werden.

#### TOP 10.) Bericht des Bürgermeisters

Unter diesem TOP berichtet der Bürgermeister zu folgenden Themen:

- Kanalbau Krena, Asphaltierungen
- Kanalsanierungen 2014
- Wasserverluste im Ortsnetz

- Straßenbauten in den Ortschaften Hochfeld und Reischenbach
- Vorsprachen bei LH Dr. Pühringer und LR Hiegelsberger
- SHV Schärding, beabsichtigte Verkäufe für Sanierung AH Schärding
- Praktikantin im Kdg. Zell/Pram